

Pressemitteilung 03.03.2021

Bürgerinitiative „Kein Hochpunkt Friedrichstraße“

Mit dem Bekanntwerden des Vorhabens, auf dem Areal des Schlossgarten-Hotels einen überdimensionierten Baukörper, konkret ein Hotel mit 170 Zimmern zu errichten, hat sich eine partei- und fraktionsunabhängige Bürgerinitiative „Kein Hochpunkt Friedrichstraße“ formiert. Ihr gehören Anwohner der umliegenden Wohnquartiere, Friedrichshafener Hoteliers und weitere Bürger der Stadt Friedrichshafen an.

Städtebauliche und verkehrstechnische Aspekte, die Beeinträchtigung der benachbarten Wohnquartiere durch ein alles überragendes Hochhaus mit allen baubezogenen Begleiterscheinungen, die einschneidende Veränderung der Wettbewerbssituation auf dem Friedrichshafener Hotelsektor mit seinen zahlreichen inhabergeführten Betrieben und nicht zuletzt das Vorgehen von Stadtverwaltung und Teilen des Gemeinderats stoßen auf massive Kritik.

Der 2012 vom Gemeinderat erstmals ins Visier genommene Hochpunkt am Westende der Friedrichstraße sollte einen städtebaulichen Kontrapunkt zu zwei Hochhäusern in der Innenstadt bilden, deren architektonischer Wert sicher fragwürdig ist. Das neu geplante Hochhaus mit einer Grundfläche von ca. 30 x 15 m und einer Höhe von ca. 40 m ist mehr als doppelt so hoch wie die umgebende Bebauung und ragt wie ein gewaltiger Fremdkörper aus dem Wohnviertel heraus. Zudem steht es nicht an einem breiten Boulevard, sondern an einer zweispurigen Straße mit schwierigen Kreuzungsverhältnissen.

Die Anwohner müssen von Verschattung und erheblicher Zunahme der Lärmbelästigung durch Straßen- und Andienungsverkehr, Bahnbetrieb und Flugverkehr ausgehen. Hinzu kommen mikroklimatische Einflüsse durch veränderte Luftströmungen in der Umgebung des Gebäudes.

Friedrichshafener Hoteliers befürchten eine Verschärfung der Konkurrenzsituation insbesondere im Winterhalbjahr auf dem Hintergrund sinkender Zahlen in der Friedrichshafener Messe und einer erwarteten Abnahme der Geschäftsreisen. Kleinere Betriebe wären gegenüber einer großen Hotelkette dabei benachteiligt.

Für die planerische Entwicklung des Hochpunkts ist vor einer endgültigen Beschlussfassung durch den Gemeinderat eine Bürgerbeteiligung vorgesehen, mit der die Stadtverwaltung beauftragt wurde. Diese ist bis jetzt – auch bedingt durch die Einschränkungen in der Corona-Pandemie – nicht zustande gekommen. Städtebauliche Veränderungen in der westlichen Friedrichstraße mit Anpassung der Bauhöhen wurden bisher zudem mit Wohnraumbedarf und der Notwendigkeit zur Verdichtung begründet, die aber „behutsam und maßvoll“ vorgenommen werden sollte. Leider hat die Stadt in den seither vergangenen Jahren nicht die Kraft für die Erstellung eines Bebauungsplans für das Oranienstraßen-Quartier und die westliche Friedrichstraße aufgebracht. Stattdessen werden jetzt die ursprünglichen Argumente und Kriterien sang- und klanglos verabschiedet, wenn man dem Plan der Investorengruppe folgt.

Die Vorlage der Stadtverwaltung zur Ablehnung des Netzwerk-Antrags ebenso wie der Verlauf der Gemeinderatssitzung am 22.02. haben unser Vertrauen erschüttert, dass es noch zu einer relevanten inhaltlichen Einflussnahme der Bürger kommen kann. Nur dem radikalen Antrag des Netzwerks auf Beendigung des Hochpunkt-Konzepts ist es zu verdanken, dass Einzelheiten eines das Stadtbild verändernden Bauprojekts zum jetzigen Zeitpunkt öffentlich geworden sind. Es wurde von der Mehrheit des Gemeinderats bereits in Stille „adoptiert“. Dabei ist es in seiner Gesamtkonzeption so starr, dass keine wirksamen Modifikationen oder Reduktionen möglich sind. Der von der Stadtverwaltung in der Sitzung immer wieder beschwichtigend zitierte 8-Punkte-Plan für „vorhabenbezogene Bebauungspläne“ bezieht sich ausdrücklich auf den Wohnungsbau. Er sieht in Punkt 6 im Übrigen lediglich eine „informelle Öffentlichkeitsbeteiligung durch den Investor“ vor, und dies auch erst nach einer grundsätzlichen Beschlussfassung durch die städtischen Gremien. Wenn die Bürgerschaft überhaupt noch Einfluss auf die Ausgestaltung des Projekts nehmen will, muss sie es JETZT tun.

Zum anstehenden Bebauungsplan-Verfahren gehört zwingend eine Öffentlichkeitsbeteiligung. Diese fordern wir - auch in Pandemiezeiten – nachdrücklich ein.

Vorhabenbezogene Bebauungspläne mögen für die Stadtverwaltung opportun und bequem sein, weil alle planerische Last und Vorleistung beim Investor liegen. Die Verantwortung, die Stadtverwaltung und Gemeinderat für die Wahrung der Interessen der Bürger tragen, ist dafür umso größer.

Die Bürgerinitiative hat eine Online-Petition gegen das geplante Bauvorhaben gestartet.

Über 700 Personen haben mit ihrer Unterschrift und ihren Kommentaren bereits dokumentiert, dass sie dieses Bauvorhaben ablehnen. Die Mitglieder der Bürgerinitiative sind sicher, dass die Summe der Argumente gegen einen überdimensionierten Hotelneubau an der westlichen Friedrichstraße spricht. Die bisherigen Befürworter davon zu überzeugen, ist unser Ziel.

Bürgerinitiative „Kein Hochpunkt Friedrichstraße“

Christiane Krupp-Versen

Dr. Axel Versen

Kontakt: hochpunkt.fn@gmx.de